

Parlamentarischer Vorstoss

2018/506

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	„Sozial gestalten“ Schaffung einer Ombudsstelle Gleichstellung
Urheber/in:	Miriam Locher
Mitunterzeichnet von:	Bammatter, Candreia, Hänggi, Kaufmann U., Kirchmayr J., Koller, Maag, Meschberger, Mikeler, Rüegg, Schweizer K., Strüby, Würth
Eingereicht am:	26. April 2018
Dringlichkeit:	--

Es gibt eine Vielzahl von Problemen, welche noch heute der tatsächlichen Gleichstellung in unserer Gesellschaft entgegenwirken. Angefangen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, über tiefere Löhne bis hin zu Belästigung und Gewalt. Die Schweiz belegt in Sachen Gleichstellung gerade einmal Platz 26 von 29 OECD-Ländern.

Mit diesem Vorstoss soll das Thema der unerklärbaren Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern mit gleichen Qualifikationen aufgegriffen werden. In der Bundesverfassung Artikel 8, Absatz 3 wird festgehalten: "Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit." Aber:

Noch immer verdienen Frauen bei gleichwertigen Aufgaben rund 20% weniger als Männer und rund 8% weniger als ein Mann mit demselben Job. Diese Lohndifferenz ist nicht mit objektiven Faktoren zu begründen. Das ist nicht nur stossend, es hat auch weitreichende Auswirkungen. Das Geld, das die Frauen dabei weniger verdienen, fehlt auch in Partnerschaften, es fehlt in der Familie, es fehlt im Falle der Arbeitslosigkeit, es fehlt bei einer Scheidung, es fehlt bei der Pensionierung. Die Liste könnte hier noch lange weitergeführt werden.

Es besteht dringender Handlungsbedarf, es braucht Fortschritte in diesem Bereich.

Eine Möglichkeit ist die Schaffung einer Ombudsstelle, welche sich ausschliesslich um das Thema der Lohnleichheit kümmert.

Der Regierungsrat wird gebeten, die Schaffung einer Ombudsstelle bezüglich Lohnleichheit, zu prüfen.
